



Fraktionserklärung

20. September 2023

Entschuldigung des Stadtrats an die Betroffenen von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981

Das Unrecht und die Gewalt, von denen viele Menschen durch fürsorgerische Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor dem Jahr 1981 betroffen waren, sind massiv. Die Betroffenen leiden teilweise ihr Leben lang stark unter den Folgen. Auch die Stadtzürcher Fürsorgebehörden haben dazu beigetragen, dass Kinder und Jugendlichen als billige Arbeitskräfte ausgebeutet werden konnten, indem die Verantwortlichen sie in Heimen weggesperrt haben. Frauen und Männer, am Rande der Gesellschaft, kamen in Arbeitsanstalten oder wurden gegen ihren Willen in psychiatrische Kliniken eingewiesen. Weiter wurden Menschen, die nicht in das damalige Gesellschaftsbild passten, entmündigt und sterilisiert.

Es ist wichtig, dass dieses begangene Unrecht von der Stadt anerkannt wird. Die Stadt muss sich weiterhin mit der Geschichte auseinandersetzen, damit sich solche Ereignisse nie wiederholen.

Daher ist es erfreulich, dass die Stadt Zürich sich diesem düsteren Kapitel stellt und ausgehend von der Motion (GR NR 2021/350) nicht nur ein Projekt zur historischen Aufarbeitung der Rolle der Stadtzürcher Fürsorgebehörden (1930-1981) gestartet hat, sondern die Wichtigkeit erkennt, das Unrecht, das den Opfern von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 angetan wurde, anzuerkennen und Betroffene zu unterstützen. Der Solidaritätsbeitrag über CHF 25'000.- wird die psychischen und physischen Narben der Betroffenen nicht heilen – doch die Möglichkeit das Gesuch für den Solidaritätsbeitrag zu stellen, soll als Zeichen dienen, dass die Stadt das Unrecht anerkennt.

Genauso wichtig wie diese überfällige Entschuldigung ist jedoch, dass sich die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen. Am Samstag fand der Chef der Eidgenössischen Migrationskommission, Walter Leimgruber, im Tagesanzeiger für die Zustände bei der Unterbringung und Betreuung von geflüchteten Minderjährigen klare Worte: „Wir werden uns für unseren Umgang mit Kindern im Asylbereich entschuldigen.“ Die Vergangenheit scheint uns also auch in Zürich wieder einzuholen. Hier ist die Stadt jetzt gefordert, die nötigen Massnahmen zu ergreifen, dass in 30 Jahren nicht die nächste Entschuldigung fällig wird.

Die GRÜNEN setzen sich weiterhin und mit den zur Verfügung stehenden Mitteln dafür ein, dass alle Menschen in einer gleichgestellten, solidarischen und gerechten Gesellschaft leben können.